

Gemeinden wehren sich gegen das Kleeblatt-Diktat

Ende Mai trafen sich 15 Vertreterinnen und Vertreter von 12 Gemeinden - vorwiegend Gemeinderäte - zu einer Aussprache über die Art und Weise, wie das BKS den Gemeinden ihr Kleeblatt Standortkonzept beliebt zu machen versucht. Ein erster Hinweis, dass diese Rundtisch-Gespräche nicht überall gleich gut empfunden worden sind, gelangte an die Öffentlichkeit, nachdem drei Gemeinden ihre Teilnahme zurückgezogen hatten.

Das Treffen geschah auf Initiative des Schulforums, welches die Moderation und Erstellung des Protokolls (siehe unter www.schulforum.ch) übernahm. Der folgende Artikel fasst die geäusserten Voten zusammen.

Die Aussprache unter den Gemeinderäten entsprach einer "Chropfleerete". Die Art und Weise, wie das BKS seine teilweise umstrittenen Kleeblatt-Absichten den Gemeinden beliebt machen wollte, stiess nicht überall auf Zustimmung. Die Antwort der Gemeinden darauf heisst "Einigkeit macht stark".

Die geplante Konzentration von Schulstandorten schafft zwangsläufig Gewinner und Verlierer, und es wäre keinem Gewinner zu verargen, wenn er sich zufrieden zurücklehnte und schweigt. Erfreulicherweise hat sich aber gezeigt, dass die Besorgnis häufig über materielle Gesichtspunkte hinausreicht. Der Stellenwert der Schule für die Gesellschaft von morgen ist noch immer tief verankert und entsprechend kritisch tritt man auch pädagogischen Grossexperimenten mit unsicherem Ausgang entgegen.

Viele Gemeinden beklagen die Hauruckmethoden, mit welchen nun die mit Regos eingeleiteten baulichen Massnahmen sistiert oder rückgängig gemacht werden sollen. "Wir haben viel in neue Nebenräume investiert; jetzt müssen sie geschlossen werden. Wie erklären wir das dem Steuerzahler?" In andern Fällen müssen sie erst noch erstellt werden, um den Gesamtschulbetrieb auf integrativer Basis zu ermöglichen - etwas, das der eidgenössische Harmonisierungsartikel überhaupt nicht verlangt. Für einzelne Gemeinden drohen massive Kostenfolgen. Der Erziehungsdirektor, auf diese Problematik angesprochen, wies darauf hin, dass Nebenräume auch im Korridor oder in Abstellkammern angesiedelt werden könnten; solche Antworten machen verständlich, dass die ganze Raumplanung rasch einmal als Pfuscherwerk empfunden wird.

Kritisch werden auch die scheinbar flächendeckend zu erzwingenden Tagesstrukturen gewürdigt. Wenn zu Blockzeiten ja gesagt wird, heisst das nicht, dass staatlich überwachte Mittagstische überall unbedingt nötig sind. In kleineren Gemeinden mit überschaubaren Strukturen und landwirtschaftlichen Lebensweisen wurden solche Bedürfnisse bisher schon immer privat und einvernehmlich gelöst. "Kinder, welche die Teilnahme an den freizeithlichen Fördermassnahmen am nötigsten hätten, werden von ihren Eltern häufig gar nicht erst hingeschickt". "Der Kanton hat uns mit seiner Achtung-fertig-los-Mittagstisch-Mentalität völlig überrollt - überstürzt und unausgegoren". Dieses Zitat weist daraufhin, dass mit der Art und Weise des Vorgehens Geschirr zerschlagen worden ist.

Zwar wurden Vorbereitung und straffe Durchführung der Runden Tische durch den Erziehungsdirektor auch positiv gewürdigt. "Er ist ein guter Manager, hat aber versucht, Gegner seiner Ideen mundtot zu machen". Die im Internet veröffentlichten Protokolle hätten die Stimmung nicht echt wiedergegeben, kritische Argumente seien verwässert, befürwortende wörtlich und ausführlich dargestellt worden. Das einleitende Versprechen, er sei bloss Moderator, habe sich am Schluss zu einem diktatorischen Befehlston gewandelt. Bisweilen hätte er auf kritische Einwände zornig und aussfallend reagiert.

Immer wieder brach die Besorgnis durch, am Schluss nicht vorgesehene Kosten mittragen zu müssen; dabei wird insbesondere an sog. verdeckte Kosten gedacht, die an den Gemeinden hängenbleiben, ohne darauf Einfluss nehmen zu können. Wie verhält es sich beispielsweise mit den Tagesstrukturen während der Schulferien? Wenn überhaupt ein Bedürfnis besteht, dann auch in den Ferien. Die finanzielle Unsicherheit wird zusätzlich gefördert durch ungenaue Planungsgrundlagen; "das BKS operiert immer mit veralteten Zahlen, etwa 4 bis 5 Jahre alte, zum Beispiel bei den Schülerbeständen".

Es gab aber auch Stimmen, welche weniger das Vorgehen als die Inhalte des Kleeblattes in Frage stellten. "Die schulische Integration von unterschiedlichen sprachlichen und kulturellen Niveaus ist fragwürdig"; "Der Sozialindex bringt zu wenig, die Klassengrösse ist immer noch zu gross"; "Die Zentralisierung führt zu grösseren Schulen und längeren Schulwegen, beides kommt einer Verschlechterung gleich" (hier wurde Regierungsrat Wernli zitiert - ein ehemaliger Lehrer und Inspektor - der kürzlich gesagt hat: "Das Wichtigste ist die Schule im Dorf"); "Die vorgesehene neue Schule benachteiligt das Mittelfeld, den Durchschnitt, dem die meisten von uns zugehören".

Quer durch die Reihen war man sich in Bezug auf das unerhörte Tempo einig, mit welchem alles durchgepeitscht werden soll und welches keine Zeit für grundsätzliche Überlegungen belässt und Lösungen, die während langer Zeit harmonisch herangewachsen sind, einfach über Bord wirft. Keines der offiziellen Argumente für das Kleeblatt rechtfertigt diese Eile: Der überwältigend angenommene Harmonisierungsartikel nicht, die Probleme der Realschule nicht (welche während Jahren vor sich hingeschoben worden sind), die Kleinklassen- und Einschulungsprobleme nicht, für die es einfachere und billigere Lösungen gäbe und die angebliche Vorbildfunktion des völlig andersgearteten Pisa-Leaders Finnland nicht.

Unausgesprochen blieb am Schluss die Frage nach dem "Warum" im Raum stehen, gerichtet an das Kollegium Regierungsrat:

Warum das alles? Warum soll das gut sein? Warum soll derart überstürzt ein Schulsystem eingeführt werden, dessen Auswirkungen auf die Auszubildenden noch kaum überblickt werden können? Warum soll der Aargau das Risiko eines Vorreiterkantons übernehmen? Warum wird ein Schulsystem favorisiert, das aus rein organisatorischen Gründen mindestens 11 Abteilungen pro Oberstufe benötigt und deshalb den noch unvollenden Regos-Umbau über den Haufen wirft?

Und schliesslich: **Warum wird versucht**, schon im Vorfeld der parlamentarischen Verhandlungen, unter künstlichem Zeitdruck, unter Ausschaltung berechtigter Mitspieler (Lehrerschaft und Eltern), noch bevor das gewählte Oberstufenmodell feststeht **die Schulstandorte festzulegen?**